



1/13.3

**Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart
als Höhere Naturschutzbehörde
über das Naturschutzgebiet
"Schilfsandsteinbruch beim Jägerhaus mit
Umgebung"**

vom 13. Februar 1986

Bekannt gemacht im Gesetzblatt Baden-Württemberg Nr. 6 vom 9. April 1986

Aufgrund von § 21, § 58 Abs. 2 und § 64 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz - NatSchG) vom 21. Oktober 1975 (GBl. S. 654), geändert durch das Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Ordnungswidrigkeitenrechts vom 6. Juni 1983 (GBl. S. 199), wird verordnet:

Inhalt

§ 1 Erklärung zum Schutzgebiet	2
§ 2 Schutzgegenstand	2
§ 3 Schutzzweck.....	2
§ 4 Verbote	2
§ 5 Zulässige Handlungen	3
§ 6 Befreiungen	4
§ 7 Meldepflicht	4
§ 8 Ordnungswidrigkeiten.....	4
§ 9 Inkrafttreten	4



§ 1

Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn wird zum Naturschutzgebiet erklärt. Das Naturschutzgebiet führt die Bezeichnung "Schilfsandsteinbruch beim Jägerhaus mit Umgebung.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von rund 29,6 ha. Es umfasst nach dem Stand vom 17. Juli 1985 auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn Teile der Flurstücke Nrn. 11898/4, 11895/7, 8213-8224 sowie das Flurstück Nr. 8225.

(2) Das Schutzgebiet ist in einer Übersichtskarte des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 17. Juli 1985 im Maßstab 1:25000 schwarz umgrenzt und flächig rot angelegt sowie in einer Flurkarte des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 17. Juli 1985 im Maßstab 1:2500 schwarz umgrenzt und rot angeschummert eingetragen. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung. Die Verordnung mit Karten wird beim Regierungspräsidium Stuttgart in Stuttgart und beim Bürgermeisteramt Heilbronn in Heilbronn auf die Dauer von drei Wochen, beginnend am achten Tag nach Verkündung dieser Verordnung, im Gesetzblatt zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(3) Die Verordnung mit Karten ist nach ihrer Verkündung bei den in Absatz 2 Satz 3 bezeichneten Stellen zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 3

Schutzzweck

Schutzzweck ist

- die Erhaltung des aufgelassenen Steinbruchgeländes als naturkundlich und kulturhistorisch bedeutsames Gebiet, die Beibehaltung der charakteristischen Eigenart als wertvoller Lebensraum für die heimische wildlebende Tier- und Pflanzenwelt,
- die Sicherung des Gebietes für die nicht an Einrichtungen jeglicher Art gebundene stille Erholung der Allgemeinheit,
- die Beibehaltung der Artenzusammensetzung des Waldes.

§ 4

Verbote

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

(2) Insbesondere ist verboten:



1. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;
2. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
3. die Bodengestalt zu verändern;
4. Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt des Gebietes verändern;
5. Abfälle oder sonstige Gegenstände zu lagern;
6. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen;
7. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
8. Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;
9. die Art der bisherigen Grundstücksnutzung zu ändern;
10. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, sonstige Fahrzeuge oder Verkaufsstände aufzustellen oder motorgetriebene Schlitten zu benutzen;
11. Feuer anzumachen;
12. ohne zwingenden Grund Lärm, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen;
13. Tonwiedergabegeräte zu benutzen;
14. zu klettern;
15. Chemikalien einzubringen und zu düngen.

§ 5

Zulässige Handlungen

§ 4 gilt nicht

1. für die ordnungsmäßige Ausübung der Jagd;
2. für die ordnungsmäßige forstwirtschaftliche Nutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang mit der Maßgabe, dass
 - a) die Artenzusammensetzung des Waldes nördlich, nordöstlich und östlich des Bruchgeländes langfristig beibehalten wird (vorherrschend Stieleiche und Traubeneiche, Rot- und Hainbuche);
 - b) die Artenzusammensetzung des Waldes auf den früheren Abraumhalden langfristig der unter Ziffer a) beschriebenen angeglichen wird. Hierbei ist zunächst der Nadelholzanteil zu reduzieren. Entsprechend den Standortbedingungen und der natürlichen Verjüngung kann das Spektrum der Laubbaumarten erweitert werden auf Ahorn, Kirsche, Esche und sonstige standortgerechte Laubbaumarten;
 - c) auf der ganzen Fläche, eine möglichst hohe Umtriebszeit der Bestände eingehalten wird;



3. für die sonstige, bisher rechtmäßigerweise ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Gewässer, Straßen und Wege sowie der rechtmäßigerweise bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung;
4. für Pflegemaßnahmen, die von der Höheren Naturschutzbehörde oder der von ihr Stelle angeordnet werden;
5. für behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

§ 6 Befreiungen

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann das Regierungspräsidium als Höhere Naturschutzbehörde nach § 63 des Naturschutzgesetzes Befreiung erteilen.

§ 7 Meldepflicht

Schäden im Naturschutzgebiet sind von den Grundstückseigentümern oder den sonstigen Berechtigten unverzüglich der Naturschutzbehörde unmittelbar oder über die Gemeinde mitzuteilen.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 64 Abs. 1 Nr. 2 NatSchG handelt, wer in dem Naturschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig eine der nach § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt.

§ 9 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten die Naturschutzverordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart "Schilfsandsteinbruch beim Jägerhaus Heilbronn" vom 30. August 1972, veröffentlicht im GBl. 1972, S. 590

und

die Landschaftsschutzverordnung des Stadtkreises Heilbronn vom 6. Mai 1983, veröffentlicht am 13. Mai 1983 im Amtsblatt für den Stadt- und Landkreis Heilbronn Nr. 19 S. 4, außer Kraft, soweit sie im Geltungsbereich dieser Verordnung liegen.